

M1 Solidarität statt Abschottung - In Thüringen auch international zusammenhalten

Antragsteller*in: Jusos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Als im Jahr 2022 als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine über
2 eine Million Geflüchtete in die Europäische Union kamen und hier Schutz fanden,
3 zeigte sich ein lange verschollenes Gesicht der europäischen Asylpolitik. Nicht
4 Abschottung, Inhumanität und Uneinigkeit zwischen den Staaten prägten das Bild,
5 sondern eine große internationale Solidarität.

6 Anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der
7 Fluchtbewegung der Ukrainer:innen spielt das Thema Migration noch immer eine
8 Rolle, aber der Ton hat sich verändert. Statt solidarischer und konstruktiver
9 Debatten führen wir Diskussionen über mehr und schnellere Abschiebungen, die
10 Ausweitung sicherer Herkunftsländer und die zunehmende Abschottung der
11 Europäischen Union durch den Asyl- und Migrationspakt. Dieser Diskurswechsel ist
12 besonders in Anbetracht der noch vor einem Jahr praktizierten solidarischen und
13 humaneren Asylpolitik nur schwer zu ertragen. Deswegen ist es höchste Zeit, als
14 Sozialdemokrat:innen Haltung für eine menschenwürdige Asylpolitik zu zeigen und
15 sich gegen die teilweise menschenfeindliche, rassistische und von der Realität
16 losgelöste Migrationsdebatte zu stellen:

17 ● Die SPD Thüringen lehnt die zugespitzte Rhetorik in der aktuellen
18 Migrationsdebatte ab und verurteilt die Übernahme und Annäherung an
19 rechtsextreme Narrative. Populismus und menschenfeindliche Aussagen können
20 niemals unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft sein.

21 ● Die SPD Thüringen steht zum sozialdemokratischen Grundwert der internationalen
22 Solidarität. Dieser steht im unvereinbaren Gegensatz zur Abschottungspolitik.
23 Die Sozialdemokratie stand und steht für ein Europa der Menschen, nicht der
24 Mauern und Stacheldrähte.

25 ● Als SPD Thüringen bekennen wir uns zu dem Ziel der europäischen Asyl- und
26 Flüchtlingspolitik, ein solidarisches Verteilungssystem aufzubauen. Dazu gehört
27 auch, dass eine verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme von Geflüchteten zwischen
28 allen EU-Mitgliedstaaten getroffen wird und die für die Kontrolle und

29 Registrierung von Asylsuchenden verantwortlichen Anrainerstaaten durch einen
30 Solidaritätsmechanismus unterstützt werden.

31 In ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen
32 Paradigmenwechsel, hin zu einer humaneren Migrationspolitik. Doch mit dem MPK-
33 Beschluss vom 10. Mai 2023 zur "Gemeinsame[n] Flüchtlingspolitik von Bund und
34 Ländern" sind die getroffenen Vereinbarungen hinfällig. Die darin vorgesehenen
35 aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen und Verlagerungen von Asylverfahren an die
36 EU- Außengrenzen sowie weitere Abschottungsmaßnahmen haben nichts mit der
37 versprochenen Migrationspolitik zu tun.

38 Die SPD Thüringen verurteilt diese Kursverschiebung ausdrücklich und kritisiert
39 im Besonderen die folgenden Maßnahmen der Bundesregierung:

40 ● die Verschärfung von Dublin-Überstellungen, die Stärkung der europäischen
41 Grenzschutzagentur FRONTEX sowie bei den laufenden Verhandlungen zur Reform des
42 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für verpflichtende Grenzverfahren an
43 den EU-Außengrenze für bestimmte Personengruppen und im deutschen Asylrecht für
44 die Erweiterung des Sicherer-Herkunftsstaaten-Konzepts einsetzt sowie den Aufruf
45 des Europäischen Rates an die Europäische Kommission vom 9. Februar 2023
46 unterstützt, der sich dafür einsetzt, in der Europäischen Union umfangreiche
47 Finanzmittel und Ressourcen zu mobilisieren, um damit an den EU-Außenstaaten
48 Grenzschutzkapazitäten und Grenzschutzinfrastruktur auszubauen.

49 ● dass sich die Bundesregierung und die Regierungschef:innen der Länder darauf
50 geeinigt haben, die gesetzlichen Regelungen der Abschiebehaft zu verschärfen,
51 wodurch in Zukunft eine Abschiebehaft unabhängig von der Asylantragstellung
52 möglich sein soll und dass allein der Verstoß gegen Einreise- und
53 Aufenthaltsverbote als selbstständiger Haftgrund außerhalb der Fluchtgefahr
54 eingeführt wird und darüber hinaus die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von
55 derzeit zehn auf 28 Tage verlängert werden soll sowie das Betretungsrecht in
56 Gemeinschaftsunterkünften zum Zweck der Auffindung der in Abschiebungshaft zu
57 nehmenden Person auch auf die Zimmer der anderen Bewohner:innenausgedehnt werden
58 soll.

59 Die SPD Thüringen fordert daher ihre Vertreter:innen in der Thüringer
60 Landesregierung und im Thüringer Landtag auf, sich gegenüber der
61 Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und dem SPD Parteivorstand
62 ausdrücklich gegen diese Pläne und Vorhaben auszusprechen.

63 Jedoch nehmen wir nicht nur die SPD auf Bundesebene in die Pflicht, sofortige
64 Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, sondern auch die SPD in
65 Thüringen. Deshalb fordern wir die schnellstmögliche Umsetzung folgender
66 Maßnahmen:

- 67 ● Eine Abschaffung der Wohnverpflichtung für Asylsuchende in
68 Aufnahmeeinrichtungen nach § 49 II AsylG. Dies stellt eine absolut notwendige
69 Entlastung der Aufnahmeeinrichtungen dar. Wer die Möglichkeit hat, selbstständig
70 bei Familien, Freund:innen oder auf eigene Kosten unterzukommen, sollte diese
71 Möglichkeit auch wahrnehmen können. Geflüchtete können selbstbestimmt leben und
72 es werden dringend benötigte Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen frei.
- 73 ● Eine grundlegende Überarbeitung der Thüringer Verordnung über
74 Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale
75 Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (ThürGUSVO). Die
76 Mindeststandards müssen dringend angehoben werden. Außerdem sind die
77 Möglichkeiten zur dezentralen Unterbringung massiv auszubauen.